

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Bestellgeld. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 40 I.

Inserate

pro vierstellige Zeile 30 Pf., Stellengefühe 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Versammlungsanzeigen 10 Pf., Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 19.

Berlin, den 13. Mai 1905.

21. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Gelegentlich des Gewerkschaftskongresses in Köln sind eine Reihe von Agitations-Versammlungen im 8. und 10. Gau geplant worden, in denen die 3 Delegierten Brüdner, Kloth und Schmidt als Redner sprechen werden. Wir veröffentlichen auf Wunsch die Reihenfolge der Versammlungen und ersuchen zugleich die Mitglieder, sämtliche Angehörige unseres Berufs auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen und sie zum Besuch derselben aufzufordern. Besonders auch unsere einzelführenden Mitglieder mögen auf Vorstehendes Rücksicht nehmen. Die Versammlungen finden statt: am 15. Mai in Braunschweig; 16. Hannover; 17. Gildesheim; 18. Göttingen; 19. Kassel; 20. Düsseldorf; 22. Solingen; 27. Köln, Krefeld, Dortmund; 28. Düren (vormittags), Aachen (nachmittags), Elberfeld, Duisburg-Ruhrort; 29. Warmen, Essen, Lüdenscheid; 30. Hagen; 31. Herford und am 2. Juni in Bielefeld.

2. Den Zahlstellen Breslau und Rempten i. B. ist auf ihren Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrags von wöchentlich 5 Pf. erteilt worden.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Kloth.

Tagesordnung und Anträge zum Gewerkschaftskongress.

II.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte, bezw. die, die größere Debatten in Anspruch nehmen könnten, haben wir im ersten Artikel erwähnt, es bleiben nur noch solche übrig, die zu größeren Meinungsdivergenzen kaum Anlaß geben werden, und von den noch verbleibenden Anträgen bieten nur wenige größeres Interesse.

Ein Referat von Umbreit über die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation wird wohl im wesentlichen das enthalten, was er schon in einer ähnlich betitelten Broschüre niedergelegt hat, während der Bericht vom Zentralarbeitersekretariat zu Anträgen oder Meinungsäußerungen kaum Anlaß bieten wird. Lediglich informativ wird dieser allgemeine, recht lebhaftes Interesse verursachen. Der tatsächliche Bericht ist ja im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht und durch einen Auszug aus demselben in unserer Zeitung auch unseren Mitgliedern bekannt gegeben. Das Gleiche ist von dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission zu sagen. Doch zu ihm sind eine Anzahl Anträge gestellt.

Der Verbandsvorstand der Graveure beantragt, den Beitrag an die Generalkommission von 4 Pf. auf 8 Pf. pro Mitglied und Gewerkschaft für das Quartal zu erhöhen. Warum, ist uns unverständlich. Unverständlich auch, weshalb ein solcher Antrag von außen heraus gestellt

werden mußte. Wenn die Generalkommission mehr Gelder braucht, wird sie schon so frei sein, dies selbst zu beantragen. Wir aber meinen, etwa eine Sammelbüchse für überschüssige Gelder in der Generalkommission einzurichten, ist unnötig. Die Generalkommission braucht nicht mehr Zufluß an Geldern, als zu ihrer Unterhaltung notwendig ist. Kampffonds zu sammeln muß Aufgabe der Verbände bleiben, nicht etwa auch noch der Generalkommission übertragen werden.

Zur Hebung der allgemeinen Agitation verlangen einige Anträge die Einsetzung von Gewerkschafts-Sekretären und Agitatoren für Gegenden, deren gewerkschaftliche Bekämpfung für besonders notwendig erkannt wird. Wir würden das auch lieber den Verbänden überlassen, die ja auch Bezirksleiter überall dort anstellen, wo sich eine Notwendigkeit hierfür ergibt. Die Tätigkeit von Gewerkschaftsangestellten, denen die Agitation für alle Organisationen übertragen wird, halten wir nicht für besonders wirkungsvoll.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen will ein Antrag der Berliner Tabakarbeiter dadurch fördern, daß er den Gewerkschaftsmitgliedern die Verpflichtung auferlegt, für den Eintritt ihrer weiblichen Familienmitglieder in die ihnen zustehenden Organisationen zu sorgen. Ein frommer Wunsch, dessen Erfüllung trotz Annahme des Antrages nicht verbürgt ist. Das Frauen-Agitationskomitee beantragt in einer Resolution zur Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen, die Generalkommission soll im ganzen Lande öffentliche Versammlungen abhalten zu diesem Zweck, außerdem sollen die Verbände die Beiträge für die Arbeiterinnen so bemessen, wie für die Arbeiter, und dementsprechend auch die Unterstützungen, des weiteren sollen Vertrauenspersonen aus den Arbeiterinnen genommen werden. Von den großen Paradeversammlungen bleibt bekanntlich sehr wenig gewerkschaftlicher Erfolg übrig, die Agitationstätigkeit ist besonders für die Gewinnung der Arbeiterinnen gerade in den Werkstübchenversammlungen zu entfalten; generell beschließen zu wollen, daß die Gewerkschaften Beiträge und Unterstützungen für die Arbeiterinnen so oder so regeln müssen, ist ein Übel, das muß den Verbänden selbst überlassen bleiben; und der letzte Wunsch ist ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die überall dort geübt wird, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist.

Die verhältnismäßig größte Anzahl der Anträge beschäftigt sich mit der Regelung der Streitunterstützung, insonderheit damit, daß bei großen Streiks die öffentlich gesammelten Gelder an die Generalkommission abgeliefert und von dort verausgabt werden sollen. Ein Antrag wünscht auch,

daß nicht von den Gewerkschaften und der Partei zugleich Sammellisten herausgegeben werden, sondern daß eine Verständigung darüber stattfindet, wer die Listen auszugeben hat. Beides findet unsere Sympathie. Die Gründe dafür haben wir schon mehrmals gelegentlich ausgesprochen.

Ein Antrag will die Vergrößerung des „Correspondenzblattes“, über dessen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit wohl die Meinung des Redakteurs desselben zuerst gehört werden muß.

Mit der Beseitigung des Kost- und Logiswesens befaßten sich einige Anträge und eine Resolution der betreffenden Kommission, in der letzteren wird u. a. auch darauf hingewiesen, daß nicht nur in Kleinbetrieben, sondern in modernen Großbetrieben durch Errichtung von Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen ein Kost- und Logiswesen besteht, wenn auch in anderer Form. Die daran besonders beteiligten Verbände werden sich ja auch weiterhin an diesen Bestrebungen der Kommission beteiligen, ob nun die ganze Arbeitererschaft dafür mobil gemacht werden muß, erscheint uns etwas weitgehend.

Unter den allgemeinen Anträgen befindet sich eine nicht geringe Anzahl, die der Einheit und Verschmelzung das Wort reden. Die kleinen Verbände sollen sich auflösen und den bestehenden Industrieverbänden beitreten, ein Antrag will sogar den Zusammenschluß aller Verbände in einen. In gewissem Zusammenhange damit stehen die Anträge, die die Grenzstreitigkeiten regeln wollen, ein Thema, das auf keinem Gewerkschaftskongress fehlt, das aber selbstverständlich dort nie eine für alle zufriedenstellende Lösung fand, und auch nicht finden kann. Der Vorstand des Steinfeger-Verbandes und eine Anzahl Zahlstellen dieses Verbandes verlangen, daß die Steinfeger und Hammer dem Gemeindegewerkschaftsverband nicht beizutreten verpflichtet sind, wenn sie in städtische Dienste treten, sondern, daß sie in ihrer Berufsorganisation bleiben. Andere Anträge beschäftigen sich mit dem Uebertritt der Mitglieder einer Organisation in die andere, der ohne Eintritt und unter Anrechnung der bereits geleisteten Beiträge verlangt wird.

Das wären wohl die wichtigsten Anträge. Zur Tagesordnung des nächsten Kongresses sind einige Anträge gestellt, die unseres Erachtens aber ebensogut, vielleicht sogar besser, auf den Berufskongress erledigt werden können, der einzige, allgemeines Interesse erheischende Antrag wäre schließlich der, daß sich der Gewerkschaftskongress mit der Volksversicherung beschäftigen soll, wenn auch viel Praktisches dabei vorläufig nicht herauskommen dürfte; das ist eine Sache, die erst in späterer Zukunft von Bedeutung werden kann.

Wie ersichtlich, wird es dem Kölner Gewerkschaftskongress an reichhaltiger Beratung und ausgedehnter Tagung nicht fehlen. Seine Beratungen werden auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung befruchtend wirken und in strittigen Punkten einige Klärung bringen und bestimmte Richtlinien und Devisen vorzeichnen, nach der in Einheit und Entschlossenheit den gewerkschaftlichen Zielen zugehrt wird. Möge er eine neue Etappe auf dem Wege des unaufhaltsamen Vorbringens der deutschen Gewerkschaften sein!

Und abermals die Beschlüsse des Tarifamtes.

Motto:

Es recht zu machen jedermann,
Sist eine Kunst, die niemand kann.

Wenn auch unsererseits nochmals auf diese Angelegenheit zurückgekommen wird, so nicht deshalb, weil wir etwa glauben, unseren verehrlichen Kritiker eines besseren belehren zu können, welches Unterfangen um so schwieriger sein würde, als er die hauptsächlich in Frage kommende Materie nicht beherrscht, und demzufolge Sachen mit einander in Verbindung bringt, die gar nichts mit einander zu tun haben, am allerwenigsten aber mit unseren Tarifamtsbeschlüssen.

So spricht er kreuzfidel von einer Position „Einfaches Mittelstück mit besonders viel Schrift“ die es natürlich gar nicht gibt; so hält er uns einen Sermon über die Gründe, welche zur Schaffung der 24 Formate führten, eine Weisheit, die sich jeder einzelne von uns verschiedenemal an den Stiefelsohlen abgelaufen, und die natürlich mit unseren Beschlüssen gar nichts zu tun hat. Er braucht auch nicht zu wissen, daß die Stellung des Tarifamtes im allgemeinen und speziell bei der Position 61c eine sehr schwierige ist, da in vielen Punkten sich in jeder der drei Tarifstädte in der Praxis eine verschiedenartige Auslegung eingebürgert hat, die wir natürlich respektieren sollen. Er braucht auch nicht zu wissen, daß die Organisation unserer Prinzipale eine sehr schwächliche ist, demzufolge die Prinzipalsmitglieder des Tarifamtes selbst dann schwer zu Zugeständnissen zu bewegen sind, wenn ihnen solche persönlich berechtigt erscheinen. Er braucht auch

nicht zu wissen, daß das Tarifamt nicht lediglich der Gehülfen wegen da ist, sondern auch den Prinzipalen zu ihrem Rechte zu verhelfen gezwungen ist. Er braucht auch nicht in geneigte Verächtlichkeit zu ziehen, daß wir mit unserer Tariforganisation noch weit in den Kinderschuhen stecken und demzufolge auch einmal ein Beschluß gefaßt werden kann, der nicht den Beifall jedes einzelnen findet. Kurz, er braucht überhaupt nichts zu wissen; es genügt ihm lediglich, daß er unsere sachlichen Darlegungen in Nr. 17 der Zeitung für „tomisch“ findet, um sich das Recht anzumachen, Verdächtigungen gegen uns auszusprechen und uns im Tone eines Schulmeisterleins mehr Fragen vorzulegen, als 10 Weise zu beantworten vermögen. Durch unsere sachlichen Ausführungen in Nr. 17 haben wir bewiesen, daß wir das Recht, Kritik zu üben, einem jeden zugestehen, daß wir auch gern bereit sind, daraus zu lernen, aber eine derartige Kritik, wie sie Δ in letzter Nummer beliebt, erscheint uns denn doch sehr unangebracht.

Und nun noch einige Ausführungen über den meinstumstrittenen Passus: „Dagegen sollen in Streitfällen die Arbeitnehmer verpflichtet sein, die Arbeiten zunächst im Stundenlohn auszuführen.“ Ein Prinzipal wird durch Arbeitsverweigerung gezwungen, einen höheren Lohn an seine Presser zu zahlen, als er glaubt zahlen zu müssen. Er fügt sich diesem Zwange, wendet sich an das Schiedsgericht und nachdem an das Tarifamt mit dem Verlangen, einen Beschluß herbeizuführen, der ihn als Mitglied der Tarifgemeinschaft davor schützt, bevor die Instanzen geschlossen haben, er durch das äußerste Mittel der Arbeitsverweigerung gezwungen wird. Schiedsgericht und Tarifamt finden dies Verlangen berechtigt und beschließen demgemäß. Das Tarifamt verbollständigt diesen Beschluß, indem es auf Antrag der Arbeitnehmervertreter bestimmt: „Vorausgesetzt ist aber ferner, daß ein Uebergang von der Akkord- zur Stundenarbeit nicht stattfinden soll, damit seitens der Arbeitgeber etwa für die Arbeitnehmer günstige Akkordpositionen umgangen werden.“ Also wohlgerichtet, verehrlicher Herr Kollege Δ: Auf Wunsch der Arbeitnehmer wurde dieser Passus eingefügt und nicht, wie Sie in verächtlicher Weise durchblicken zu lassen beliebten, der darauf folgende, jetzt den Streitpunkt bildende.

Nun soll mit diesem letzteren Passus der Allgemeinheit Gewalt angetan worden sein, das ist einfach nicht wahr. Die Prinzipale, die diesen Beschluß benutzen sollten, um bei allen möglichen Arbeiten „strittige Punkte“ zu entdecken, würden ohne diesen Beschluß erst recht in der Lage sein ihren Zweck zu erreichen; wir wollen uns doch nichts vorshaweln, wir wissen doch, wie es gemacht wird. Und dann ist es ja schließlich immer noch den Instanzen der einzelnen Tarifstädte vorbehalten, gegen solche Tarifauslegungen die ihnen geeignet erscheinenden Mittel in Anwendung zu bringen. Wir behaupten also nach wie vor, daß mit diesem Passus kein Mensch geschädigt werden kann, wir behaupten ferner, daß dieser Beschluß im Sinne einer ehrlichen Tarifgemeinschaft liegt und wir sind außerdem der Ansicht, daß wir uns dieses Beschlusses nicht zu schämen brauchen. Die ganze Schwarzseherei des Kollegen Δ beruht auf Krugschlüssen und darauf, daß er sich bei seiner ganzen Schreiberei die tatsächlichen Verhältnisse nicht vor Augen geführt hat.

Nun wäre noch unsere „Fürcht vor einem Streit“ mit zwei Strichen zu zeichnen. Wir glauben ihm gern, daß er keine Fürcht vor einem solchen hat, aber auch bei uns ist keine solche vorhanden, nur glauben wir verpflichtet zu sein, dafür zu sorgen und mit dahin zu arbeiten, daß ein solcher nicht bei jeder Kleinigkeit inszeniert wird, sondern erst dann, wenn das Für und Wider genügend erwogen, die Instanzen mit ihren Bemühungen, denselben in schieblich, friedlicher Weise beizulegen, keinen Erfolg aufzuweisen konnten, wenn das in Frage kommende Objekt wertvoll genug ist einen solchen als gerechtfertigt erscheinen zu lassen und last not least wenn menschlicher Voraussicht nach der Streit mit einem Siege der Arbeiter enden muß.

Den „kostbaren Schatz“, den Δ glaubt gefunden zu haben, gönnen wir ihm und lassen ihn deshalb auch gern im unbestrittenen Besitz desselben. Die Gehülfenvertreter des Tarifamtes.

Zur Portefeuille-Bewegung in Offenbach und Umgegend

wird uns geschrieben: Die Lohnbewegung wird, wie wir schon mitteilten, nicht den gewünschten friedlichen Verlauf nehmen, denn das Verhalten der Fabrikanten-Vereinigung zu den Forderungen

Schreckgespenst aller Laien, ist. Wenn die jungen Mädchen zu mir in die Sprechstunde kommen, so fragt fast eine jede: „Sst meine Lunge gesund?“ Daß diese Frage nicht so einfach mit ja oder nein zu beantworten ist, will ich Ihnen in meinen weiteren Ausführungen klarlegen. Was ist Lungenwindsucht? Das liegt schon im Wort Schwindsucht: Hinschwinden, abzehren. Darum sollte die Benennung auch nur auf das letzte Stadium der Krankheit angewendet werden. Klinisch gibt es daher drei Stadien der Krankheit: 1. das der allgemeinen Symptome; 2. das der Lungensymptome, Husten und Auswurf; 3. das des starken Auswurfs, Hinschwindens. Nur in den beiden letzten Stadien wissen die Kranken selbst, was ihnen fehlt, während es im ersten nur der Arzt erkennt. Wenn der Arzt in diesem Stadium zum Kranken sagen würde: „Sie haben einen Lungen spitzenkatarch,“ so würde er den Kranken nur unnützlich erregen, der trotz aller Aufklärung nun glauben würde, er sei unrettbar verloren. Daher umschreibt der Arzt es oft und spricht von Leichsucht und Blutarmut. Das ist auch keine besonders arge Täuschung, denn die Vorschriften, die er für diese Krankheiten gibt, sind dieselben wie für Lungen spitzenkatarch. Der Arzt befindet sich hier in einer bösen Lage. Soll er's sagen, oder verschweigen?

Der Patient hat es in der Hand, sich zu schützen, zu retten. Denn dieses Stadium ist heilbar, und es ist oft geradezu wunderbar, wie oft hier Heilung eintritt. Natürlich ist es Unfinn, wenn jemand sagen wollte: Ich habe vor 2 oder 3 Jahren einen Lungen spitzenkatarch gehabt.“ Hat er ihn zu jener Zeit gehabt, so ist er heute noch nicht gänzlich davon befreit. Im

Schwarzerpflanze.

Der starke Eichbaum erwachte aus seinem Winterschlaf. Nicht ganz, dazu fehlte noch viel, sehr viel sogar. Aber es dämmerte ihm, daß der Winter vorbei, daß der Frühling gekommen, und er empfand das wiederbeginnende Aufsteigen der Säfte. Da stand er in der Denzluft, fahl, vollständig fahl. Nur oben am Wipfel grünte es. Der Mistelbusch war's, der hatte seine Wurzel unter die Rinde und in das Holz des Eichbaums eingeböhrt und saugte die ersten Säfte auf.

Ganz wach war der Eichbaum noch nicht, aber doch genug, um Mißbehagen darüber zu empfinden, dem er durch ein seltsames Schütteln der Äste, halb unbewußt, Ausdruck gab. Der Mistelbusch wußte sofort, was der Eichbaum meinte. Das Schütteln der Äste hatte zwar nichts Beunruhigendes für ihn, denn er hafterte fest; aber mit jener Feinfühligkeit, die den an höheren Stellen Geborenen eigen ist, erriet er, was es bedeuten sollte.

„Un dankbarer,“ begann er, „statt dich zu freuen, daß du mit Grün bewachsen bist, während rings herum alles noch unbelaubt und dürr, empfindest du Unzufriedenheit? Wie töricht? Sei stolz auf mich, deine Zierde!“

Das reizte den Eichbaum, und er schüttelte seine Wipfel nur um so heftiger. Unwillig rief nun der Mistelbusch: „Ja, so seid Ihr, Enorriges, ungehobelt, einwärtsloses Volk, ohne Verständnis für das Schöne, Edle! Nur den niedersten, materiellen Interessen fröhend! Was wäret Ihr ohne uns? Aber das begreift Ihr eben nicht — und eigentlich kann man's

Euch nicht einmal verdenken. Woher solltest du auch wissen, wer und was ich bin? Schon den Chaldäern heilig, bei den Griechen geweiht, in der Edda mit ehrfürchtvoller Scheu erwähnt, den Druiden Gegenstand religiöser Verehrung, den alten Deutschen —“

Der Mistelbusch brauchte nicht weiter zu reden. Schon längst hatte der Eichbaum jeden Versuch, ihn abzuhütteln, aufgegeben. Das mit der Zierde, das war eitel Geflunker; so viel verstand er schon, daß, wenn die dem Mistelbusch zugeführten Säfte ihm selbst zu Gute gekommen wären, er ganz einfach zu grünen begonnen hätte, so daß die fremde Zierde entbehrlich wurde. Aber der Mistelbusch war — heilig, seit vielen Jahrhunderten heilig. Da ließ sich freilich nichts machen.

Der Eichbaum schlief freilich nicht mehr, aber ganz wach war er noch nicht geworden. Dazu fehlte viel — sehr viel sogar.

Die Lungenwindsucht.

Die hauptsächlichsten Ausführungen aus dem Referat des Fräulein Dr. Wogodzinski, die über obiges Thema in einer Berliner Arbeiterinnen-Versammlung sprach, seien ihrer allgemeinen Beachtung wegen hier wiedergegeben.

Wie wichtig dieses Thema — so führte die Referentin aus — gerade für Arbeiterinnen, speziell für jugendliche Arbeiterinnen ist, beweise die Unklarheit, die trotz aller populären ärztlichen Aufklärung immer noch unter den Arbeiterinnen wie Arbeiter herrsche.

Als Arztin erfahre ich täglich, wie falsch die Anschauung über Lungenwindsucht, das

ist ein solches, daß der Kampf unvermeidlich erscheint. Wir haben bereits die Forderungen der Arbeiter, die den Fabrikanten zugestellt wurden, des näheren in Nr. 16 mitgeteilt. Die Antwort der Fabrikanten zu den gestellten Forderungen ist nun auch in einem Zirkular niedergelegt. Man vergleiche diese Stellungnahme der Fabrikanten und die Forderungen der Portefeuilles-Arbeiter und man wird sagen müssen, daß das Entgegenkommen der Fabrikanten ein äußerst geringes ist, mit dem sich — selbst wenn man der Eigenart des Gewerbes und der Fabrikationsart gewisse Konzessionen machen will — die Arbeiter wohl nicht werden zufrieden geben können.

Lassen wir die Fabrikanten erst selbst zum Worte kommen. Sie äußern sich in dem Zirkular zu den einzelnen Forderungen wie folgt.

1. Verkürzung der Arbeitszeit: Wir haben dem Wunsche der Arbeiter entsprechend beschloffen, daß vom 1. Juli 1905 an unsere Mitglieder eine 54stündige wöchentliche Arbeitszeit einführen werden. Die Einteilung ist jedem Mitgliede freigegeben. Der Lohn wird für Zeitarbeit nach Stunden berechnet und nur für wirklich geleistete Arbeitsstunden bezahlt. Die Lohnzahlung erfolgt während der Arbeitszeit.

2. Erbringung eines Mindestlohnes. Wir anerkennen grundsätzlich die Berechtigung des Strebens der Arbeiter nach Festsetzung von Mindestlöhnen und sind der Meinung, daß ein Durchschnitts-Portefeuilles-Arbeiter im vierten Jahre nach Beendigung der Lehre wöchentlich mindestens 24 Mk. verdienen sollte. Einen solchen Mindestlohn aber vertraglich festzulegen, ist bei der Eigenart der Portefeuillesindustrie unmöglich, weil es bei derselben zu große Verschiedenheiten in den an die Arbeiter zu stellenden Anforderungen hinsichtlich der Qualität der zu leistenden Arbeiten und im Fleiße sowie in der Befähigung der Arbeitskräfte selbst gibt. Die Gewährleistung eines Mindestlohnes ist auch deshalb unmöglich, weil viele Arbeiter während ihrer Lehrzeit und auch einige Jahre nachher mit einseitiger Zeitarbeit beschäftigt waren und sich meist erst später an selbstständige Arbeit gewöhnen, sowie ihre technische Ausbildung vollenden müssen. Um jedoch auch in dieser Hinsicht den Arbeitern nach Möglichkeit unser Entgegenkommen zu betätigen, haben wir beschloffen, für Arbeiter einen Mindestlohn nach Beendigung der Lehre, wenn der betreffende

Arbeiter bei dem Lehrherrn in Arbeit bleibt, von 15 Mk. im ersten Jahre und 18 Mk. im zweiten Jahre, ferner für Arbeiterinnen im ersten halben Jahre ihrer Berufstätigkeit einen Mindestlohn von 6 Mk., im zweiten halben Jahre von 7 Mk. allgemein zuzugestehen. Eine weitere Erhöhung dieser Lohnsätze muß von der Leistungsfähigkeit abhängig gemacht werden. Alle anderen Lohnforderungen sind wir leider wegen der oben erwähnten besonderen Verhältnisse unseres Erwerbszweiges nicht in der Lage in bindender Abmachung anzunehmen und glauben, daß sich die Lohnkommission damit um so mehr zufrieden geben kann, als die geforderten Löhne, gleich den oben von uns für Anfänger bewilligten Mindestlöhnen, im Allgemeinen hier auch als Durchschnittslöhne schon üblich sind und durch den beständigen Mangel an guten Arbeitskräften schon an sich gewährleistet werden. Die Forderung, daß als Zuschnneider und Schärfer an den Schärmaschinen nur gelernte Portefeuilles sollen beschäftigt werden dürfen, widerspricht dem Prinzip der Gewerbefreiheit und muß als ungerechtfertigt abgelehnt werden.

3. Für gleiche Leistung gleiche Lohn: Wir haben beschloffen, diese Forderung zu bewilligen, wenn sie bedeuten soll, daß für das gleiche Muster in gleicher Qualität und Arbeitsausführung zur gleichen Zeit den Arbeitern desselben Arbeitgebers der gleiche Lohn bewilligt werden muß.

4. Prozentuale Lohnzuschläge für Anfertigung einzelner Sachen und für Ueberstunden: a) bei Stücklöhnen: Wir sind grundsätzlich der Ansicht, daß, wie es ja auch allgemein üblich ist, entsprechende Zuschläge für die Anfertigung einzelner Sachen, für welche der Lohn tugend- oder großweise festgesetzt ist, gezahlt werden. Bei der großen Verschiedenheit der möglichen Fälle läßt sich aber dafür eine einheitliche Festsetzung nicht treffen. Wozu ein solches Schablonisieren führen würde, ergibt sich aus dem von der Lohnkommission vorgeschlagenen Tarif, nach welchem beispielsweise für 9, 10 und 11 Stück 25 Proz. Zuschlag, also für 10 Stück mehr als für das volle Duzend gezahlt werden müßte. Wir können unter solchen Umständen in diesem Punkte eine besondere Abmachung nicht eingehen. b) für Ueberstunden: In Ueberstunden wird von den Arbeitgebern nur gearbeitet, wenn

es sich durchaus nicht vermeiden läßt, da Ueberstunden schon an sich teurer sind als die regelmäßige Stundenarbeit. Die Portefeuillesindustrie kann aber als Saisonindustrie nicht ganz darauf verzichten. Wir sind aber durchaus damit einverstanden, daß Ueberarbeit stets als eine freiwillige Mehrarbeit zu erachten sein soll, deren Preis zu vereinbaren den Beteiligten für jeden einzelnen Fall überlassen bleiben muß. c) Mitgabe von Heimarbeit an Werkstathtarbeiter: Wir sind mit der Lohnkommission darin einig, daß Werkstathtarbeiter zu Hause nicht für einen anderen Arbeitgeber arbeiten dürfen. Auch halten wir es für selbstverständlich, daß die Uebernahme von Heimarbeit durch Werkstathtarbeiter stets nur eine freiwillige sein darf. Doch müssen wir ein Verbot der Mitgabe von Ueberarbeit an Werkstathtarbeiter ablehnen und zwar teils aus denselben Gründen, welche eine Beseitigung der Ueberstunden in unserem Gewerbe unmöglich machen, teils in Rücksicht auf die Arbeiter selbst, denen eine solche Gelegenheit zu Mehrverdienst für die Bestreitung außergewöhnlicher Ausgaben, nicht abgeschnitten werden darf. Auch würde ein solches Verbot zweifellos eine Vermehrung der Heimarbeit an Stelle der Werkstathtarbeiter zur Folge haben.

5. Lieferung sämtlicher Zutaten an Heimarbeiter. Wir haben beschloffen, dieser Forderung, welche übrigens im Allgemeinen schon den Gepflogenheiten der hiesigen Portefeuillesindustrie entspricht, in der Weise Rechnung zu tragen, daß entweder dem Heimarbeiter die Zutaten mitgegeben werden, oder der Entgelt für Zutaten, welche er selbst zu stellen hat, in der Lohnvereinbarung zum Ausdruck kommt.

6. Aushängung eines Lohn-tarifs. Wir anerkennen die Berechtigung der Forderung, daß jedem Arbeiter die Möglichkeit geboten werde, sich davon zu überzeugen, welche Lohnsätze für die einzelnen Artikel maßgebend sind. Die Aushängung eines Lohn-tarifs ist jedoch, da ein solcher zu verwickelt sein müßte und auch beständige Ergänzungen erforderlich sein würden, unthunlich. Wir haben deshalb beschloffen, daß eine Zusammenstellung der Lohnsätze, wie sie der geforderte Lohn-tarif enthalten soll, vorhanden sein und auf dem Laufenden gehalten werden muß, aus welcher jeder Arbeiter die Lohnsätze ersehen kann. Die in dem zweiten

Gegenteil, er muß noch heute genau so vorsichtig leben und sich gut nähren, wie ihm vom Arzt verordnet wurde. Erst nach seinem 40. Jahre kann er sagen: Ich habe in meiner Jugend einen Lungenspitzenkatarrh gehabt. Wie viel Menschen diesen Katarrh unbewußtstermaßen gehabt haben, zeigt eine Statistik des Schweizer Arztes Wegelin, der 284 Leiden Erwachsener daraufhin segierte, davon waren 63 Personen an Tuberkulose gestorben. Die anderen, also 97 Proz., aus anderer Ursache. Und doch hatten diese 97 Proz. in ihrem Lungengewebe Spuren früherer Erkrankungen, waren aber geheilt, ein Beweis, daß die Krankheit heilbar ist.

Im 2. Stadium treten Nachtschweife ein; Hoffnung auf Heilung ist hier geringer. Doch auch hier ist Stillstand möglich. Der Berliner Lungenarzt Fränkel sagt: „Es ist staunen-erregend, wie lange sich solche Kranken halten.“ Ich hatte selbst Gelegenheit zu sehen, daß Kranke nach Jahren wiederkamen, von denen ich angenommen, daß sie schon längst gestorben seien; sie zeigten allerdings noch dieselben Stadiums-symptome, wie Husten, Auswurf usw. Man spricht daher von einem schlechten und guten Verlauf der Krankheit.

Das gibt es im 3. Stadium nicht mehr. Die Kranken verzehren sich durch den Auswurf selbst, sie sind hoffnungslos, schwindelnd —

Welche Fälle sind nun von vornherein günstig? Immer die, wo bei den Kranken keine wesentliche Abmagerung besteht, die eine kräftige Atmung haben, demzufolge breite Brust, einen gesunden Magen und die viel essen und verdauen können. Der Dauererfolg der Heilstättenbehandlung hängt hiervon ab. Die Statistik beweist es. Nach derselben sind Lungen-

franke, die sich in Privatheilstätten einer kräftigen Kur unterziehen konnten, also bemittelte reiche Leute, nach 5 Jahren noch zu 50 Proz. gesund resp. gelten als geheilt. Von den Lungenkranken, die in einer Volksheilstätte waren, deren Kur gewöhnlich ¼ Jahr dauert, waren nach 4 Jahren nur 30 Proz. noch erwerbsfähig, wohl gemerkt: erwerbsfähig, nicht gesund, galten auch vielleicht nicht mehr als geheilt. Dieser allzu schnelle Verlust des Heilstättenenerfolges ist daraus erklärlich, daß die Arbeiter nach ihrer Entlassung aus der Heilstätte nicht gut und sorgenfrei leben können, daher wird diese Krankheit auch gemeinhin als Proletariatskrankheit bezeichnet. Daß diese Bezeichnung zutreffend ist, erhärtet eine Statistik, die im Jahre 1896/97 in Hamburg aufgenommen wurde. Es starben an dieser Krankheit Personen, die ein Einkommen von 3500 Mk. hatten, 1,07 Proz., die ein solches von 2000—3500 Mk. hatten, 2 Proz., die ein solches von 1200—2000 Mk. hatten, 2,64 Proz., und die ein solches von 900—1200 Mk. hatten, 3,90 Proz. Es ist dies ein erschreckend hoher Prozentsatz von Sterbefällen in der untersten Einkommensstufe, in der Arbeiterklasse. Es ist auch kein Wunder! Die oftmals ungenügenden, ungesunden Wohnungen, der Beruf, der große physische Anstrengungen erfordert, das ungenügende oder permanente künstliche Licht, und hauptsächlich die ungenügende Lüftung vieler Arbeitsräume bilden den Herd für diese Krankheit.

Von Seiten der Heilstätten wird den Speisflaschen viel Wichtigkeit beigemessen. Das geschieht wohl hauptsächlich deshalb, um den Patienten eine Berordnung mitzugeben, die sie auch befolgen können. Würde der Arzt ihnen

das sagen, was tatsächlich zur Erhaltung ihrer Gesundheit notwendig ist, nämlich: Arbeit nicht, trinkt viel Milch, eßt gut! würden ihm die Arbeiter ins Gesicht lachen, weil die Befolgung für sie unmöglich ist. Die Speisflaschen sind ja aus ästhetischen Gründen sehr zu empfehlen, aber wenn die Tuberkel allein alle Schuld an der Verbreitung der Krankheit hätten, wäre kein Mensch gesund. Man muß der Krankheit den günstigen Boden abgraben. Das geschieht durch gute Ernährung; aber bei den niedrigen Löhnen ist es namentlich den Arbeiterinnen fast unmöglich. Auch die Krankenkassen verfahren zu systematisch, indem sie vorschreiben, daß Milch nur an Arbeitsunfähige gegeben werden soll. Das ist Unsinn! Leider stehen sich die Ärzte und die Krankenkassen-Borstände in dieser Beziehung feindlich gegenüber. Hier könnten die Arbeiter sich selbst helfen, indem sie in der Generalversammlung fordern, daß auch Milch an noch Arbeitsfähige gegeben wird. Es würde dadurch bedingt, daß in den Heilstätten mehr Platz für wirkliche Kranke wäre.

Lassen wir nochmal zusammen, so ergibt sich als Behandlung für's 1. Stadium: Stärkung, Wasserheilmethode, Atmungsgymnastik. Für's 2. Stadium kommen Medikamente hinzu. Durch Unwissenheit und Nachlässigkeit wird von seiten der Arbeiter viel gesündigt; trinke ein jeder so viel Milch, als er nur irgend kann, esse er gut, und sage nicht, es sei ihm nicht möglich. Schwer ist es ja, aber doch durchführbar, wenn auf einer anderen Seite geparkt wird. Sage sich ein jeder, im Anfang ist die Krankheit heilbar, sie zu heilen liegt aber in meiner Hand!

Satz geforderte Einsetzung einer Ueberwachungskommission halten wir für überflüssig. Eine Anzeige an unseren Vorstand über Unzulänglichkeit der in Rede stehenden Eintragung der Lohnsätze würde ein sofortiges Einschreiten seitens unseres Vorstehenden zur Folge haben. Den Werkstattarbeitern kann selbstverständlich nicht verwehrt werden, daß sie die Heimarbeiter von den festgesetzten Lohnsätzen unterrichten.

7. Die Zeit auf Warten vom Zuschnitt und sonstigem Material: Der Arbeitgeber hat selbst das größte Interesse daran, daß auf Zuschnitt und sonstiges Material ohne Grund nicht gewartet zu werden braucht, wie er auch erwarten muß, daß die Abholenden selbst solches Wartenmüssen nicht dadurch verursachen, daß sie die bestimmte Abholungszeit nicht einhalten. Häufig treffen aber so zahlreiche, mit demselben Zuge kommende Abholer gleichzeitig ein, daß die Abfertigung länger dauert. Eine Vermehrung der Angestellten lediglich für die Abfertigung ist nicht angängig, da die Mehrangestellten den größten Teil der Woche nichts zu tun hätten. Wir bedauern deshalb, diese Forderung ablehnen zu müssen, doch halten wir es für selbstverständlich, daß für die Wartenden die nötige Sitzgelegenheit vorhanden sein muß.

8. Die Affordlöhne werden ausschließlich Stepperei berechnet: Dieser Forderung ist dadurch vollständig entsprochen, daß bei der Festsetzung von Affordlöhnen mitgeteilt wird, ob dieselben einschließlich oder ausschließlich Stepperei verstanden sind.

9. Versicherungsspflicht der Heimarbeiter zur Kranken-, Unfall- und Invalidenkasse: Unter Berücksichtigung der bis jetzt erlassenen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes über den Begriff „Heimarbeiter“ gibt es solche in der hiesigen Portefeuillesindustrie kaum. Die Hausarbeiter sind vielmehr zu denjenigen Personen zu rechnen (§ 119b der G.-O.), „welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der Letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausindustrielle)“. Die Krankenversicherungspflicht ist für diese Personen in Offenbach und Frankfurt a. M. durch das Ortsstatut geregelt. Diese ortstatutarischen Bestimmungen sind für beide Teile gesetzlich verpflichtend. Die Versicherung gegen die Folgen von Betriebsunfällen nach dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz erstreckt sich auf diese Personen nicht und daran können wir nichts ändern. Auch die Invaliditäts- und Altersversicherung umfaßt die Hausindustrie nicht; sie könnte durch Beschluß des Bundesrates auf dieselbe ausgedehnt werden, was die Großherzogliche Handelskammer Offenbach bereits vor längerer Zeit befristet hat. Für eigentliche Heimarbeiter, also diejenigen Hausarbeiter, welche wie die Werkstattarbeiter der Disziplin des Arbeitgebers unterstehen, müssen die Marken geklebt werden.

10. Bestehende bessere Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Wir fassen diese Forderung dahingehend auf, daß zurzeit bereits vorhandene bessere Arbeitsbedingungen, als sie hier zugestanden werden, unter der Wirkung der Vereinbarung aufrecht erhalten werden müssen. Dem stimmen wir zu.

11. Verbot der Entlassungen bei schlechtem Geschäftsgange. Die Arbeitgeber sind stets bemüht, sich ihren Arbeiterstand möglichst zu erhalten. Sie suchen deshalb durch Mehrarbeit während der Saison die Einstellung von vorübergehend beschäftigten Arbeitskräften tunlichst unnötig zu machen, um nicht bei wieder eintretender Geschäftsstille in größerem Maße Entlassungen vornehmen zu müssen. Ganz läßt sich dies aber nicht vermeiden, weil der Wechsel zwischen lebhafter und stiller Geschäftszeit in unserem Erwerbszweig durch den Charakter desselben als „Saisonindustrie“ bedingt ist. Durch „Erziehung der Kundschaft zu regelmäßiger Verteilung der Bestellungen“ Abhilfe zu schaffen, ist unmöglich, weil wir mit

deutschem und ausländischem Wettbewerb um die Lieferungen zu rechnen haben.

12. Arbeitskräfte dürfen nur vom paritätischen Arbeitsnachweis zu Offenbach eingestellt werden. Wir haben den paritätischen Arbeitsnachweis unseren Mitgliedern durch Generalversammlungsbeschluß zu tunlichster Benutzung empfohlen. Ein Verbot, Arbeitskräfte sich auf anderem Wege zu verschaffen, ist unannehmbar, schon weil es praktisch undurchführbar und eine Quelle fortgesetzter Streitigkeiten sein würde.

13. Arbeiten undhalten von Lehrlingen geschieht nach dem Regulativ der Großh. Hess. Handwerkerkammer. Dagegen wären im allgemeinen Einwendungen nicht zu machen. Laut Generalversammlungsbeschluß ist ein Ausschluß unserer Vereinigung eingesezt, um Mittel und Wege in Erwägung und Vorschlag zu bringen, wie sich den großen Mißständen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens in der Portefeuillesindustrie abhelfen läßt.

14. Vereinbarung auf längere Dauer. Kündigung. Wir sind bereit, auf der Grundlage vorstehender Darlegungen eine Vereinbarung auf drei Jahre zu treffen und solche mit weiterer Gültigkeit von Jahr zu Jahr auszustatten für den Fall, daß nicht längstens ein Vierteljahr vor Ablauf gekündigt wird.

15. Ueberwachung der Vereinbarung. Eine besondere Kommission für die Ueberwachung der beiderseitigen Einhaltung der Vereinbarung halten wir nicht für erforderlich, da Streitigkeiten aus derselben, weil sie ein Bestandteil des Arbeitsvertrages sein würde, kurzerhand vor das Gewerbegericht gebracht werden könnten.

Offenbach a. M., 1. Mai 1905.
Die Vereinigung der Portefeuilles- und Sattlerwarenindustrie.

Von den Forderungen, welche die Portefeuillesarbeiter gestellt haben, ist also von den Fabrikanten weiter nichts bewilligt worden als einige Nebensächlichkeiten, welche in den meisten Geschäften heute schon gang und gäbe sind.

Sitzgelegenheit für die auf Zuschnitt wartenden Heimarbeiter wird anerkannt, desgleichen, daß Werkstattarbeiter nicht für andere Arbeitgeber nach Feierabend arbeiten dürfen, ferner die Berechtigung, daß die Arbeiter sich über die zu zahlenden Affordlöhne orientieren, aber beileibe nicht durch Lohnstarife! Auch erkennt die Fabrikantenvereinigung das Streben der Arbeiter nach höheren Löhnen an, aber die Einführung von Mindestlöhnen ist unzulässig! Um jedoch den Arbeitern entgegen zu kommen, wurde großmütig beschlossen, im ersten Jahre nach Beendigung der dreijährigen Lehrzeit 15 Mk., im zweiten Jahre 18 Mk. zu zahlen, wenn der betreffende Arbeiter bei seinem Lehrmeister weiter arbeitet. Zuschläge für Anfertigung einzelner Sachen und für Ueberstunden werden als berechtigt anerkannt. Können aber in der Portefeuillesindustrie nicht eingeführt werden. Das Verbot der Mitgabe von Ueberfeierabend-Arbeit („Omnibusfähren“) kann deshalb nicht erlassen werden, weil den Werkstattarbeitern die Gelegenheit zum Mehrverdienst nicht genommen werden darf. Nicht frei von einer gewissen Komik ist die Ablehnung der Forderung, daß nur gelernte Arbeiter an der Schärmaschine beschäftigt werden dürfen, unter Berufung auf die Gewerbefreiheit.

Alles in allem besagt die Stellungnahme der Fabrikantenvereinigung gegenüber den Forderungen der Arbeiter nur Spott und Hohn. Eine direkte Ablehnung der Forderungen würde unter den Portefeuillearbeitern nicht eine solche Erbitterung hervorgerufen haben, wie dieses jetzt tatsächlich der Fall ist infolge der famosen Stellungnahme der Fabrikanten.

Unterm 8. Mai wird uns noch geschrieben: Die heute (Montag) Nachmittag stattgefundene zweite Sitzung der Kommission der Arbeiter und Fabrikanten dauerte fast drei Stunden. Die vorzeitige Veröffentlichung der Zirkulare der

Arbeitgeber in der Portefeuilles-Zeitung hatte eine sehr gute Wirkung ausgeübt, die sich bei den Verhandlungen deutlich zeigte. Es wurden die ersten 5 Punkte der Arbeiterforderungen durchberaten, jedoch feste Abmachungen noch nicht getroffen. Jedoch ist die Situation nach den heutigen Verhandlungen eine solche, daß eine gütliche Einigung wohl sicher zu erwarten steht, da sich die Arbeitgeber dem zur Begründung der Arbeiterforderungen vorgebrachten Material nicht zu entziehen vermochten und sich zu wesentlichen Konzessionen geneigt zeigten. Die nächste Sitzung wird am Mittwoch, den 10. Mai stattfinden. Die auch heute wieder von dem Verhandlungsleiter und den Arbeitgebern angeregte Zulassung eines Vertreters der Christlichen wurde von den Lohnkommissionsmitgliedern entschieden zurückgewiesen, besonders auch im Hinblick auf eine Versammlung der Christlichen am letzten Sonnabend, in der die Führer der freien Gewerkschaft in den Knot gezogen wurden, und die Arbeitgeber ließen denn diese Anregung fallen.

Bericht vom Samstag des Gaus VI.

Abgehalten in Hamburg am 23. April.

Die weiteren Verhandlungen beginnen um 3 Uhr mit der Generaldiskussion über die Stellenvermittlung im Gau.

Küster-Hamburg gibt ein übersichtliches Bild der Stellenvermittlung im Hamburger Arbeitsnachweis. Dort werden nur Stellen nach dem normierten Minimaltarif vermittelt. Daß die von dort vermittelten Arbeitskräfte, organisierte Kollegen, nicht die schlechtesten Arbeitskräfte sind, als die man sie ja so gern hinzustellen beliebt, beweist, daß unser Nachweis bedeutend besser floriert als der der Zimung. Die Zimung besetzte vom 1. April 1903 bis 31. März 1904 52 Stellen an Gehülfen, unser Nachweis in derselben Zeit 348 Stellen, davon 160 Gehülfen und 180 Arbeiterinnen. Es blieben immer noch eine Anzahl Stellen, namentlich für Arbeiterinnen, unbesetzt, weil wir zeitweise nicht über die verlangte Zahl von arbeitslosen Arbeiterinnen verfügten. Die Arbeiterinnen, welche in einer Anzahl von 173 in Hamburg organisiert sind, haben denn auch durch die Organisation Vorteile errungen, wobei der Arbeitsnachweis ein nicht zu unterschätzender Faktor war. Die Nachfrage nach Gehülfen ist keine so große, wie sie sein sollte. Mit der Vorlage ist Redner einverstanden, weil Hamburg schon bisher nach auswärts Stellen vermittelte.

Derndt-Hamburg verbreitet sich über die Arbeitslosigkeit am Ort, begründet deren Ursache und zeigt deren Wirkung auf das Arbeitsverhältnis. Langsam aber sicher evolutioniere sich das Buchbindergewerbe in andere Phasen und verdränge die männliche Arbeitskraft. Viele Berufsangehörige, welche hoffnungsvoll zugereist kommen, müssen ihr Bündel wieder schnüren, der Hoffnung beraubt, in der Welt Handelsstadt eine Existenz zu finden. Es sei daher von eminentem Wert, diesen in Hamburg Zugereisten und Arbeitslosen die Provinz in erhöhten Maße als bisher geschehen zu erschließen. Aber auch aus agitatorischen Erwägungen könne er die Vorlage des Gauborstandes nur befürworten.

Frignitz-Schwerin erklärt sich ebenfalls dafür.

Lübbe-Hamburg betont, daß er bisher bei Stellenvermittlung sich stets des Hamburger Arbeitsnachweises bedient hätte, jedoch habe letzterer seinem Wunsche öfters nicht entsprochen.

Dem erwidert Bremer-Hamburg, daß die Kollegen ungern nach der Provinz Stellung annehmen; es laufen gar oft nach seiner Meinung gut anzunehmende Stellen ein, aber kein Arbeitsloser will aus Hamburg. Es müßten Zwangsmittel getroffen werden, damit es nicht mehr vorkommt, daß, wie erst kürzlich, fünf Stellen unbesetzt blieben.

Schlegel meint, gezwungen könne niemand werden, eine Stelle anzunehmen, aber man könne schon mit der Zeit dahin wirken, daß es anders wird. Vielfach liege aber die Begründung für die Unlust, Stellung in der

Provinz anzunehmen, an den schlechten Lohnverhältnissen.

Es sprechen noch Hilow-Moskoff, Zimmermann-Lübeck und Wetter-Riel für die Errichtung eines Gauarbeitsnachweises.

Die Vorlage wird hierauf gegen eine Stimme angenommen.

Es folgt die Beratung über Erhebung eines Gaubeitrages von den Zahlstellen und Einzelmitgliedern. Hierzu ist folgende Vorlage ausgearbeitet worden:

1. Die Zahlstellen zahlen pro Mitglied und Vierteljahr 5 Pf. als Beitrag an den Gau.

2. Die Einzelmitglieder einen solchen von 10 Pf. pro Monat.

3. Die von den Gaubeiträgen erzielte Einnahme ist zu verwenden:

a) um zukünftige Gautage resp. Zahlstellen-Konferenzen von den jeweiligen Bewilligungen der Zahlstellen unabhängig zu machen;

b) um bei eventuell notwendig werdendem schnellen Eingreifen in bezug auf Agitation dem Gauvorstand einen finanziellen Rückhalt zu bieten, und um die absolut notwendigen Ausgaben der Mitglieder des Gauvorstandes zu decken.

4. Die anstehenden Gelder sind auf einem der Sparkasse gleichstehenden Institut zu hinterlegen.

5. Die Kontrolle hierüber übernehmen die örtlichen Revisoren der Zahlstelle Hamburg.

Schlegel, der das Referat übernommen, erörtert eingehend die einzelnen Gesichtspunkte der Vorlage und legt die Gründe dar, welche den Gauvorstand veranlassen, eine Extrasteuer im Gau zu erheben. So sei vor allen Dingen die Finanzlage eine mißliche, hervorgerufen durch die vielen Portis usw. Obgleich die Sitzungen des Gauvorstandes bisher nicht entschädigt wurden und eine extreme Sparbarkeit gewaltet habe, sei doch die Aussicht genommen, jernals auf einen grünen Zweig zu kommen, die 15 Proz. der Beiträge seien eben gänzlich unzulänglich. Die Zahlstellen im Gau würden, falls die Annahme der Vorlage erfolge, nicht viel mehr belastet werden als bisher, wo die Kosten der Gautage durch das Umlageverfahren gedeckt werden. Selbstverständlich würden die Agitationskosten wie bisher von der Verbandskasse getragen werden.

Es entpinnt sich hierüber eine rege Debatte. Zimmermann-Lübeck stimmt im allgemeinen der Vorlage zu, findet aber den monatlichen Beitrag von 10 Pf. für Einzelmitglieder, wie vorgesehn, zu niedrig und glaubt für eine wöchentliche Steuer von 5 Pf. eintreten zu müssen. Wetter-Riel und Priegnitz-Schwerin erklären, von der Notwendigkeit einer Gausteuer überzeugt zu sein. Küster-Hamburg betont, daß bei der Gründung der Gaukasse ganz besonders hervorzuheben sei, daß die Agitationsgelder daraus nicht entnommen werden dürfen, da dies Aufgabe der Verbandskasse sei. Wilhelm-Altona stellt und begründet einen Antrag, dahingehend, daß in Altona infolge der schlechten Kassenverhältnisse zwei Beiträge der weiblichen Mitglieder für einen Beitrag zu rechnen seien. Schlegel hält dies für undurchführbar. Lübbe-Hamburg erklärt sich strikte gegen den Extrabeitrag, er habe den Auftrag mitbekommen, dagegen zu stimmen. Kehler-Hamburg schließt sich dem Vorredner an. Pfennig-Hamburg, als Gast, begreift die ablehnende Haltung der Hamburger nicht und hält die Erhebung einer Extrasteuer im Gau für unumgänglich notwendig. Berndt-Hamburg hält es nicht für geboten, den Beitrag für die Einzelmitglieder noch höher zu normieren, wie dies von Zimmermann-Lübeck gewünscht werde, obgleich er dessen gute Absicht dabei nicht verkenne; die meisten Einzelmitglieder seien auf dem Gautag nicht vertreten und könnten daher ihre Stimme nicht in die Waagschale legen. Den Standpunkt der Hamburger teile er jedoch nicht. Das Beste sei, es bei der Vorlage bewenden zu lassen. Hilow-Moskoff, Seimann-

Scheue und Kirgan-Neumünster erklären sich mit der Extrasteuer einverstanden.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage mit 17 gegen 1 Stimme angenommen. Desgleichen ein Antrag Hamburg, hierüber eine Urabstimmung vorzunehmen. Der Antrag Wilhelm-Altona, für zwei weibliche Mitglieder einen Beitrag zu rechnen, wird abgelehnt.

Zur Debatte über die Agitation im Gau gibt Schlegel die Einleitung und fordert die Mitglieder auf, den Gauvorstand besser als bisher zu unterstützen. Er werde in der Zukunft mehr Zeit dafür übrig haben, da vom Gauvorstand beabsichtigt sei, eine Dreiteilung der Arbeiten vorzunehmen, derart, daß einer die Agitation, ein anderer die Kassenführung und ein dritter die Kontrolle über den Arbeitsnachweis zu betreiben habe. Küster-Hamburg begründet einen Antrag Hamburg, nach welchem der Gauvorstand beauftragt wird, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß das Verbandsleben in den einzelnen Orten lebhafter wird. Um das Interesse für die Organisation mehr zu beleben, sollen aus Kollegentreifen in gewissen Zeiträumen Referenten nach den einzelnen Orten dirigiert werden. Berndt-Hamburg hält die bisherige Agitation für ungenügend, erkennt jedoch an, daß der Gauvorstand bisher nicht in der Lage war, mehr zu leisten, da er alle Geschäfte allein besorgen mußte, was seine volle Arbeitskraft in Anspruch nahm; die beabsichtigte Dreiteilung der Arbeiten dürfte daher Remedur schaffen. Es sprechen noch mehrere Redner, und wird unter anderem dem Verbandsvorstand Knäuferei in bezug der Agitationsgelder vorgeworfen. Der Antrag Hamburg wird angenommen, desgleichen beschließt man, daß die Agitation von Mund zu Mund, besser als bisher, betrieben werden soll.

Inzwischen ist folgende Resolution eingelaufen:

„In Berücksichtigung, daß der Gau VI zu den Gauen gehört, der unbedingt in Zukunft mehr agitatorisch bearbeitet werden muß, und in weiterer Berücksichtigung, daß, wenn auch die Zweckmäßigkeit von weiteren Anstellungen von Bezirksleitern im Verband anerkannt werden muß, aber aus finanziellen Gründen zurzeit untunlich erscheint, so beschließt der fünfte Gautag in Hamburg, den Gauvorstand zu beauftragen, beim Verbandsvorstand den Antrag zu stellen und zu begründen, daß in solchen Gauen, wo die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters unrentabel erscheint, aber eine umfassende Agitation absolut notwendig ist, solchen Gauvorständen, wozu der Gau VI zu rechnen ist, mindestens eine finanzielle Pauschalsumme von 50 Mk. per Quartal zur Betreibung der Agitation zu gewähren.“

Die betreffenden Gauvorstände haben dem Verbandsvorstand über die gemachten Ausgaben Rechnung zu legen.

Außerordentliche Agitationen sind darin nicht einbezogen.

Zu dieser Resolution sprechen Schlegel, Berndt- und Küster-Hamburg und wird dieselbe einstimmig angenommen.

Hierauf spricht Küster-Hamburg zur Einführung von Minimallöhnen im Gau. Er empfiehlt, daß allorts versucht werden soll, kollektive Arbeitsverträge abzuschließen. Hierzu gehöre aber vor allen Dingen, daß die Organisation so gestärkt werde, daß wir auch den Kampf wagen können; mit der Harmonie müsse es ein Ende haben. Wir wollen Fortschritt. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß dort, wo man nach Lage der Verhältnisse zu Tarifabschlüssen nicht kommen kann, versucht werden soll, auf andere Weise eine Besserung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Der Gauvorstand habe die Pflicht, dies nach Möglichkeit zu fördern; aber auch dort, wo nur wenige Mitglieder am Orte sind.

Schlegel erklärt, daß der Gauvorstand die Einführung von Minimallöhnen nach Möglichkeit fördern werde; es sei aber nicht nach einer Schablone zu arbeiten; bei ungleichen Verhältnissen könne nicht allgemein vorgegangen werden.

Lübbe-Hamburg spricht sich ebenfalls für höhere Löhne in den Kleinstädten aus und hebt hervor, daß die Löhne, welche augenblicklich noch in Hamburg gezahlt werden, in gar keinem Verhältnis zu denen Hamburgs ständen. Mit Kampfgedanken sei allerdings da nichts zu wollen, es müsse jeder einzelne versuchen, den Lohn zu verbessern. Berndt-Hamburg führt die Löhne im Gau vergleichsweise mit denen Hamburgs an und findet, daß erstere ganz bedeutend zurückstehen, daher müsse der Versuch gemacht werden, dieselben vorwärts zu bringen. Daß dies möglich sei, lehre Kiel und Lübeck. Der Dresdener Verbandsstag, welcher für die Provinz viel gute Worte hatte, möge uns auf diesem dornenollen Wege das Geleit geben. Am Schluß seiner Rede unterbreitet er dem Gautag folgende Resolution und bittet um Annahme derselben: „In Erwägung, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gau VI einer Verbesserung dringend bedürfen, hält es der fünfte Gautag zu Hamburg für geboten, überall da, wo die Möglichkeit und Voraussetzung zur Erringung von Minimallöhnen gegeben sind, bei günstiger Gelegenheit die Schritte einzuleiten zur eventuellen Einführung derselben.“

Zimmermann-Lübeck berichtet von der letzten Bewegung am Orte und glaubt auf tariflichen Lohn halten zu müssen; man dürfe sich absolut nicht mit weniger Lohn abspesen lassen. Mit der Resolution sei er einverstanden. Wetter-Riel ist derselben Meinung, glaubt aber, daß wir ohne Kampf nicht immer Verbesserungen erzielen können. Wir haben unsere Arbeitgeber an ihre Versprechungen vor einigen Jahren gelegentlich der Lohnbewegung erinnert und erzielten im vorigen Jahre den Abschluß des Tarifs mit vielen Vorteilen. Es sprechen noch Stähle-Lüneburg, Priegnitz-Schwerin, Schlegel und Küster im Sinne der Resolution, und wird dieselbe durch die Abstimmung einstimmig angenommen.

Küster-Hamburg begründet folgenden Antrag Hamburg:

„Die Zahlstellen des Gaus haben bei Ausbruch des Streiks, Aussperrungen usw. sowie bei event. beabsichtigtem Vorgehen rechtzeitig den Gauvorstand sowie den Bevollmächtigten der Zahlstellen Kenntnis zu geben.“

Die Zahlstellen sowie die Einzelmitglieder sind verpflichtet, jeglichen Bezug nach den Städten, wo Differenzen mit den Arbeitgebern ausgebrochen, fernzubalzen.“

Der Antrag wird debattelos angenommen; desgleichen folgender Antrag Hamburg:

„Der Gauvorstand ist verpflichtet, an Orten, wo keine Zahlstelle besteht, ein sich neu anmeldendes Mitglied auf die event. weiteren Verbandsmitglieder am Orte hinzuweisen und dieselben dem betreffenden Mitgliede namhaft zu machen.“

Ein Antrag Kiel, welcher besagt, daß der nächste Gautag vor dem Verbandsstage, und zwar in Kiel, abzuhalten sei, wird, nachdem Schlegel dafür gesprochen, ebenfalls angenommen.

Hierauf gibt Schlegel ein Resumé über den Verlauf des Gautages. Eine große Arbeit sei an einem Tage bewältigt worden, und diese hätte wohl die Delegierten von der Notwendigkeit des Gautages überzeugt. Es sei nun Aufgabe der Delegierten, die Saat, welche sie mit auf den Weg bekommen, auf fruchtbaren Boden zu streuen, damit eine gute Ernte reife. Redner schließt mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Buchbinder-Verband, in welches die Delegierten begeistert einstimmen.

Lübbe-Hamburg dankt im Namen der Delegierten für den schönen Empfang und die vorzüglichen Arrangements der Zahlstelle Hamburg.

Küster-Hamburg fordert noch alle Teilnehmer des Gautages auf, in der Heimat das Resultat der heutigen Verhandlungen zum Nutzen unseres Verbandes zu verallgemeinern und unter Eintreten in eine energische Agitation die Mitgliederzahl des Gaus bis zum nächsten Gautage zu verdoppeln.

Mit einem Hoch auf den Gau VI schließt er um 7 Uhr den fünften Gautag. B.

Bericht vom Gantag des Gaues XVII.

Am 1. Osterfeiertag wurde in Augsburg in Gartenhaus Keller der 3. Gantag für den Gau XVII abgehalten.

Unwesend waren als Zahlstellenvertreter: Faust und Kratsch aus München, Kressel und Frau Greifenberg aus Augsburg, Wegst aus Kaufbeuren; außerdem Klaus aus Freising und Würstl aus Donauwörth, sowie die Kollegen Bauer und Thalheim als Vertreter des Gauvorstandes.

In das Bureau wurden als Vorsitzender Kressel, als Schriftführer Kratsch und Wegst gewählt.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Bericht der Delegierten und eventuell der Einzelmitglieder. 3. Stellungnahme betreffs Anstellung eines Gauleiters. 4. Der deutsche Buchbindertarif und dessen Einführung im Gau. 5. Zentralarbeitsnachweis und dessen Einführung im Gau XVII. 6. Anträge.

Den Bericht des Gauvorstandes erstattete Bauer. Er berichtete zunächst über die Mitgliederbewegung in den Jahren 1902, 1903 und 1904. Am Schluß des Jahres 1901 waren im Gau 16 Einzelmitglieder vorhanden. Im Jahre 1902 betrug der Zu- und der Abgang je 22 Mitglieder; im Jahre 1903 sind 40 Mitglieder eingetreten und zugereist und 25 Mitglieder abgegangen. Am Jahreschluß waren 31 Mitglieder vorhanden. Im Jahre 1904 endlich war ein Zugang von 46 männlichen und 13 weiblichen Mitgliedern und ein Abgang von 55 männlichen und 13 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen. Der jetzige Mitgliederstand beträgt 25. Die Mitglieder verteilen sich zurzeit auf folgende Orte: Freising 6, Landsküt 3, Donauwörth 2, Eggenfelden 2, Landsberg a. L. 2, Memmingen 1, Lauingen 1, Grafing 1, Wörzshofen 1, St. Marien 1, Neidenhall 1, Passau 1, Hof i. B. 1, Diessen 2. In Rempten konnte eine Zahlstelle gegründet werden. Was die Klassenangelegenheiten betrifft, so wurden in den drei Jahren von 1902 bis 1904 insgesamt 1208,80 Mk. vereinnahmt. Davon wurden an die Hauptkasse eingesandt 710,56 Mk., und für außerordentliche Agitation wurden 124,18 Mk. verausgabt; die an die Hauptkasse abgeführten Procente betragen 276,46 Mk., so daß die Gesamtausgabe 1111,20 Mk. betrug.

In der im allgemeinen ganz unwesentlichen Debatte über den Bericht bemängelt

Wegst-Kaufbeuren, daß der Gauvorstand seinen letzten Jahresbericht im Verbandsorgan noch nicht erstattet habe.

Bauer-München gibt zu, daß er dies verbummelt habe, doch liege dies daran, daß er mit Arbeit überlastet sei.

Es folgen sodann die Berichte der Delegierten.

Faust berichtet über die Verhältnisse in München. Hier sind 190 Buchbindereien mit etwa 500 Gehülften, 500 Arbeiterinnen, 30 bis 45 Hülfсарbeiter und 100—150 Lehrlingen vorhanden, ferner 8 Kontobuchfabriken mit 30 Gehülften, 15 Arbeiterinnen, 5 Hülfсарbeiter und 10 Lehrlingen, 6 Etuigefächte mit 8 Gehülften, 14 Arbeiterinnen, 2 Hülfсарbeiter und 6 Lehrlingen, und endlich 20 Kartonnagefabriken mit 35 Gehülften und 120 Arbeiterinnen. Die ortsübliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Konkurrenz wird unseren Kollegen und Kolleginnen durch die Gefangenenanstalten in Laufing und Straubing, sowie durch die Erziehungsanstalt für Fröppelhafte Kinder in München gemacht. In der letztgenannten Anstalt sind zirka 30 Böglinge im Alter von 10—17 Jahren mit der Infizierung von Buchbinder- und Galanteriearbeiten beschäftigt. Die an Ort gezahlten Löhne variieren zwischen 18 und 35 Mk. bei Kollegen und 6 bis 18 Mk. bei Kolleginnen. Der von uns aufgestellte Minimallohn beträgt für Gehülften 21 Mk., für Arbeiterinnen 9 Mk., für geübte Arbeiterinnen 11 bis 13 Mk. Die Zahlstelle München zählt 258 männliche und 262 weibliche Mitglieder.

Kratsch-München bemerkt zur Ergänzung des Faustschen Berichts, daß man in München zurzeit mit dem Ausbau der Vertrauensmännerorganisation beschäftigt sei. Um stets ein genaues Bild über die Verhältnisse in den einzelnen Werkstätten zu haben, seien Wochenrapporte eingeführt worden. Jeder Vertrauensmann erhalte ein Formular, das er ausgefüllt am Schluß jeder Woche an den Vorsitzenden der Lohnkommission einzusenden habe, wodurch man über alle Vorgänge in den einzelnen Betrieben, über Entlassungen und Einstellungen von Personal, Ueberstunden usw. unterrichtet werde. Redner empfiehlt schließlich, man möge sich der Organisation der Arbeiterinnen besonders energisch annehmen.

Wegst-Kaufbeuren: Bei uns kommt nur eine größere Kunstanstalt in Betracht. Beschäftigt sind zurzeit 12 Buchbinder, bei Löhnen von 18 bis 26 Mk., letzterer wird natürlich nur von Kollegen erreicht, welche als Vorarbeiter fungieren. Organisiert sind hiervon 11. Weiter sind beschäftigt 7 Hülfсарbeiter, die 14 bis 19 Mark verdienen. Auch hier erreichen den letzten Lohnsatz nur 2 Mann, die schon bereits ein Jahrzehnt an der Schneidemaschine tätig sind. Die übrigen sind vorwiegend in der Prägerei beschäftigt, arbeiten sehr viel Afford und erreichen bei äußerster Anstrengung Löhne bis zu 18 Mk. Organisiert sind von den letzteren 5. Dann sind noch vorhanden 8 jugendliche Arbeiterinnen, bei Löhnen von 6 bis 7,50 Mk., 26 Frauen und Mädchen, mit einem Verdienst von 7,50 bis 10 Mark, sie arbeiten sehr viel in Afford, wo sie bis zu 12 Mk. verdienen. Erfreulicherweise ist es uns nach wiederholten Versuchen endlich gelungen, auch hier einige Mitglieder zu gewinnen und werden wir unsere ganze Kraft einsetzen, um auch in dieser Beziehung vorwärts zu kommen. Die Arbeitszeit beträgt 9¼ Stunden erklusive Pausen und ist zu hoffen, daß die Viertelfunde, welche wir länger arbeiten wie die Steindrucker, in Wälde in Wegfall kommt, da bereits diesbezügliche Schritte getan sind. Schließlich kommen in Kaufbeuren noch 3 Kleinmeister in Betracht, die zusammen 4 Gehülften und 3 Lehrlinge bei 10½ bis 11 stündiger Arbeitszeit beschäftigen; zwei Ausgelernte erhalten 15 Mk. Lohn, von den anderen waren die Löhne nicht zu ermitteln. Der Zahlstelle gehören 24 Mitglieder an.

Gaunsteiter-Rempten: Unsere Zahlstelle wurde gegründet am 3. Dezember 1904. Sie zählt 26 männliche und 8 weibliche Mitglieder. Am Ort sind 10 Geschäfte. Beschäftigt sind bei Kösel 97 Kollegen (davon 13 organisiert) und 13 Kolleginnen, bei Wiedemann 8 Kollegen (5 organisiert) und 10 Kolleginnen (6 organisiert), bei Steiner 11 Personen (alle organisiert), bei Stählin 4 Kollegen. In den anderen Geschäften werden nur zeitweise je 1 bis 2 Gehülften beschäftigt. In Druckereien sind 3 organisierte Gehülften beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt bei Kösel 9 Stunden ohne Pausen, bei Wiedemann und Steiner je 9¼ Stunden mit zwei viertelstündigen Pausen. In den übrigen Geschäften wird 10—12 Stunden gearbeitet. Was die Löhne betrifft, so zahl Kösel den Gehülften zwischen 12 und 21 Mk., die Arbeiterinnen verdienen da 5 bis 12 Mk. Wiedemann hat uns beim Streik 18 Mk. Minimallohn versprochen, was aber nicht eingehalten wird. Die Kollegen verdienen dort 12 bis 16 Mark, die Mädchen kommen im Afford auch so hoch. Bei Steiner erhalten die Gehülften 18 Mk., die Arbeiterinnen 12 bis 15 Mk. Die Kollegen bei Stählin beziehen 16, 17 und 20 Mk. Lohn. Schmölg zahlte bei 10stündiger Arbeitszeit 10 Mark, andere Geschäfte 5 bis 6 Mk. bei freier Station. Für den Verband zu gewinnen sind etwa noch je 20 Kollegen und Kolleginnen.

Klaus-Freising: In Freising bestehen 9 Buchbindereien. Organisiert sind 6 Kollegen, davon sind 5 bei Datterer beschäftigt. Von den Arbeiterinnen gehört keine dem Verbands an. Der Lohn beträgt für Gehülften 14 bis 26 Mk., für Arbeiterinnen 5 bis 7 Mk., mit Feiertagsbegahlung. Bei Datterer beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden, in den übrigen Geschäften 10 bis 11 Stunden.

Wirftl-Donauwörth: Bei uns sind drei Buchbindereien. Eine beschäftigt 1 Gehülften und 1 Lehrling. Der Gehülfe bekommt 3 Mk. mit Kost und Logis. Bei Auer sind beschäftigt 14 Gehülften, 4 Lehrlinge, 2 Hülfсарbeiter, 23 Mädchen und Frauen. Bei den Gehülften beträgt der Lohn 15 bis 25 Mk., bei den weiblichen Arbeitern 4 bis 10 Mk. Die Arbeitszeit ist neun Stunden ohne Pausen.

Frau Greifenberg-Augsburg: Hier sind 34 Betriebe, meist kleine Werkstuben mit 1 und 2 Gehülften, eine größere Druckerei mit Buchbinderei und 1 Sintieranstalt mit Buchbinderei, 2 Kartonnagefabriken und 1 lithographische Anstalt. Beschäftigt werden zirka 66 bis 70 Gehülften bei 10½ bis 11stündiger Arbeitszeit. Der Lohn für Gehülften beträgt 9 bis 24 Mark, für Kartonnagearbeiter 15 bis 28,50 Mk. Die Arbeiterinnen verdienen in Buchbindereien 6 bis 9 Mk., in der Sintieranstalt bis zu 12 Mk. und in den Kartonnagefabriken 6 bis 12 Mk. Organisiert sind 17 Kollegen und 3 Kolleginnen. Der von der Organisation festgesetzte Minimallohn beträgt 18 Mk. Die Agitation wird dadurch sehr erschwert, daß die Kolleginnen den Beruf sehr häufig wechseln und die Kollegen Augsburg immer sehr bald wieder verlassen.

Faust-München fragt an, in welcher Hand sich der Arbeitsnachweis in Augsburg befindet und wie er floriert.

Kratsch-Augsburg bemerkt, hier werde eine arge Lehrlingszüchtereie getrieben. Die Ausgelernten arbeiten, wenn sie in der Buchbinderei gerade keine Beschäftigung finden, in anderen Fabriken als Packer, Ausgeber usw. und kehren dann zeitweise wieder zur Buchbinderei zurück. Augsburg verlassen sie nicht. Daran liegt es, daß wir hier nicht vorwärts kommen. Die Zinnung führt einen Arbeitsnachweis, der aber für die Kat' ist.

Faust-München verweist auf die Bestimmungen unseres Tarifes, die das Lehrlingswesen betreffen. Für Großbetriebe seien diese Bestimmungen für zu freigiebig gehalten und man solle deshalb eine Menderung erstreben.

Bauer-München teilt schließlich noch mit, daß er die Arbeitsverhältnisse in den auf dem Gantage nicht vertretenen Orten durch Fragebogen erhoben habe und ersucht dringend, man möge ja nicht vergessen, auch den Gauvorstand zu benachrichtigen, wenn irgendwo eine Bewegung entstehe. Ueber das Resultat der Umfrage gibt folgende Tabelle Auskunft:

Orte	Anzahl der Geschäfte	Anzahl der Gehülften	Anzahl der Arbeiterinnen (soweit bekannt)	Arbeitszeit Stunden	Lohn	
					Gehülfter	Arbeiter
Landsküt . . .	12	12	1	9—10½	22 ¹	12
Landsberg a. L. . .	3	2	—	10½	6 ²	—
Passau . . .	8	8	2 ³	9—11	21 ⁴	12
Wörzshofen . . .	1	1	—	9	21 ⁵	—
Grafing . . .	1	1	—	9½	10 ⁶	—
Memmingen . . .	6	4	1	9	24	7
Neidenhall . . .	2	1	—	10	7	—
Lauingen . . .	3	1	—	10½	17 ⁸	17
Eggenfelden . . .	2	2	—	10	15	12 ⁹

Anmerkungen. ¹ Der eine Kollege erhält 12 Mk. ² Mit freier Station ohne Weg des Invaliden-Beitrages. ³ Die Kolleginnen erhalten 6 und 12 Mk. ⁴ Außerdem bei freier Station 3 bis 8 Mk. ⁵ Früher hatte der Kollege 10,80 Mk. Die Verhältnisse haben sich verbessert seit 5 Jahren. ⁶ Bei freier Station. ⁷ Bei freier Station. ⁸ Feiertage werden abgezogen. ⁹ Der Kollege hat auch noch Logis.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Anstellung eines Gauleiters, liegt folgender Antrag der Zahlstelle München vor:

„Der Gantag wolle beschließen, beim Verbandsvorstand zu beantragen, daß für Bayern ein beförderter Gauleiter angestellt wird. Die Anstellung soll möglichst bald erfolgen.“

Bauer-München begründet kurz den Antrag und bemerkt, für den Gau XVII allein könne man wohl nicht gut einen Beamten verlangen, deshalb sei er für ganz Bayern gefordert worden. Durch die Anstellung eines Gauleiters gewinne man einen Mann, der von den Unternehmern unabhängig sei und diesen

ganz anders entgegneten könne. Ein derartiger Beamter würde auch die Verhältnisse in der Provinz viel gründlicher kennen, als ehrenamtliche Gaubevollmächtigte, die doch ziemlich oft wechseln.

Nach längerer Debatte wird der Antrag mit allen gegen 2 Stimmen zum Beschluß erhoben. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Stuttgart. In der am 29. April stattgefundenen Mitgliederversammlung gedachte Kollege Frey des 20jährigen Bestehens des Verbandes. Sodann sprach Herr Kömpf über: „Das Unfallversicherungsgesetz“. Ueber die geplante Ortskrankenkassen-Vereinigung führte dann Schopper sen. folgendes aus: Es sei schon längst eine Verschmelzung der verschiedenen Kassen im Gange, zu dem Zwecke, die schlechter gestellten Kassen, so die der Bauarbeiter, durch Anschluß an die besser gestellten finanziell zu heben. Da jedoch die Metzger sowie Kaufleute sich getraut hätten, sei auch dieses Mal eine Verschmelzung abgelehnt worden. Schopper sen. erwähnt in seinem Bericht, daß die Verwaltungskosten hier in Stuttgart am niedersten stehen, mit pro Kopf 1,43 Mk., während sie z. B. in Berlin pro Kopf 2,53 Mk. betragen. Die Generalversammlung hätte deshalb einer Erhöhung der Gehälter der Angestellten zugestimmt, des weiteren sei, da die Verwaltungsräume zu klein seien, der Ankauf eines Nebenbaues beschlossen worden. Der Kaufpreis betrage 248 000 Mk. In der Diskussion, welche sich lebhaft gestaltete, traten die Kollegen Wangfang sowie Wölter entschieden für Verschmelzung ein, dem sich Lenden und Deder nicht anschließen konnten. Herr Kömpf, welcher sich das Wort hierzu erbat, führte an, im allgemeinen der Ansicht Wölters zu sein, jedoch hätte der letzte Kassenbericht ergeben, daß nicht die Bauarbeiter, sondern die Bekleidungsindustrie die schlechtestgestellte Abteilung sei. Schon aus dem Grunde, weil die Schuhmacher und Schneider mit die schlechtesten Löhne haben, aber die höchsten Beiträge zahlen müssen, müsse ein Ausgleich stattfinden.

Eine Anfrage Schopper sen., welche Firmen am 1. Mai feiern, ergibt als Resultat, daß nur ein winziger Teil in der Lage ist, die Arbeit ruhen zu lassen, wohl aber wird am 9. Mai die Arbeitsruhe allgemeiner durchgeführt werden.

Görlitz. Bis ans Ende dem Verbands treu gedient hat der am 30. April verstorbene Kollege Ewald Müller. Obwohl er schwer herzleidend und mit hartnädigem Gelenk-Rheumatismus behaftet, ließ er es sich doch nicht nehmen, für den Verband zu wirken, so gut er konnte. Seine Kollegen haben es ihm herzlich schlecht gedankt. Duzenmale ist er von einem zum andern gelaufen, den Tod im Herzen, um sie an ihre Pflicht zu erinnern. Allein umsonst. Die Görlitzer Buchbinder verbarren nach wie vor in einer beneidenswertesten Zufriedenheit!

Ganze zehn von ihnen hatten sich kürzlich bewegen lassen, zu einer Versprechung zu erscheinen. Aber dem Verbands trat keiner bei. Ja, schlimmer als das! Man brachte es sogar fertig, zu erklären: Erst müßten die — Arbeitgeber besser gestellt sein, ehe der Verband für die Gehilfen etwas erreichen könne!

Der einzige, der bisher versuchte, die Kollegen aus dieser traurigen Unwissenheit zu befreien, ist nun tot und es steht zu befürchten, daß die Kollegen — trotz miserabler Löhne, trotz langer Arbeitszeit, trotz schlechter Behandlung u. — noch zufriedener werden. Vielleicht jedoch trägt der Tod Müllers etwas dazu bei, die Kollegen einmal anzuregen, darüber nachzudenken, wie sehr ihnen bisher ihre Gleichgültigkeit, ihre Geduld, ihre gefährliche Zufriedenheit geschadet hat. Müller hat sich für sie geopfert — vielleicht beschämt sie das jetzt ein wenig.

Das Gewerkschaftsartell hat es jetzt übernommen, eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, in welcher Kollege Hob. Albert, Breslau über Leiden und Pflichten der görlitzer Berufsgenossen referieren soll. Hoffentlich macht alsdann die Kollegen wieder gut, was sie bisher durch ihre Lässigkeit an sich und ihren Angehörigen verschuldet!

Berlin. Unsere Mai-Versammlung, welche in der „Messource“, Kommandantenstraße, tagte, erfreute sich eines starken Besuches. Lange vor Beginn der Versammlung war der geräumige Saal besetzt, so daß noch ein Teil der Kollegen und Kolleginnen auf der Galerie Platz nehmen mußten. Kollegen, die dem Buchbinder-Männerchor angehören, leiteten die Versammlung mit einem Liede „Gruß an den Mai“ ein. Hierauf nahm Genosse Paul Riffin das Wort, um über die Bedeutung des 1. Mai zu sprechen. Seine 1 1/2 stündige Rede, welche oft von Beifall unterbrochen wurde, zeigte, daß der Referent aus dem Herzen der Anwesenden gesprochen hatte. Die Mai-Resolution wurde einstimmig angenommen. Bergmann machte

die Kollegen sowie die Kolleginnen darauf aufmerksam, am 2. Mai pünktlich ihre Arbeit anzutreten, um etwaige Maßregelungen zu vermeiden. Hierauf sangen die Sänger noch ein Lied und mit einem donnernden Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die imposante Versammlung.

Leipzig. Am 5. Mai hielt Genosse Lüttich einen Vortrag über die Aufgaben des nächsten Gewerkschaftskongresses. Ein Thema, wie es wohl nicht zeitgemäßer sein konnte, da es jeden organisierten Arbeiter interessieren müßte — und doch eine solche trotzlose Oede im Versammlungstokal! Durch 54 Werkstattzirkulare, 2 große Annoncen in der „Volkzeitung“, eine in der „Buchb.-Ztg.“ hatten sich nur gegen 60 Kollegen benogen gefühlt, zu erscheinen. Der Schriftführer der vorigen Versammlung berichtet uns zwar von einem guten Besuch derselben, doch hat er das wohl nur ironisch gemeint und bei dem lobenden Prädicat „gut“ die Gänsefüßchen ver-gessen, denn diese war gleichfalls nicht besser besucht. Kollegen, wohin soll solche Laune führen? Ihr laubt dadurch Euern gewählten Vertrauenspersonen jegliche Freude an der Arbeit für die Organisation, aber auch für den Referenten ist es gewiß kein Vergnügen, vor leeren Tischen und Stühlen zu sprechen.

Der Vortragende führte ungefähr folgendes aus. Die Arbeiterkongresse zeichnen sich von ähnlichen Veranstaltungen der bürgerlichen Kreise dadurch vorteilhaft aus, daß ihre ganze Zeit der unermüdbaren Arbeit gewidmet ist, während bei jenen die praktischen Leistungen nur Dekorationen für die veranstalteten Vergnügungen sind, und doch hat es ein hiesiges bürgerliches Blatt, die „N. N.“, fertig gebracht, die mannigfaltigen, um Ostern stattfindenden Arbeiterkongresse Lumpenparaden zu schimpfen. (Und solch ein Blatt findet sich vielfach noch in Arbeiterwohnungen!) Durch die stattgefundenen Generalversammlungen eines Teiles der größeren Verbände ist der diesjährige Kongreß in der angenehmen Lage, schon viel vorbereitetes Material vorzufinden, mithin kann er in mancher einschneidenden Frage besser entscheiden. Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist besonders die Frage der Agitation hervorzuheben. Die von den früheren Kongressen bereit gestellten Mittel zur Anstellung von Agitatoren in den rüstständigsten Distrikten haben gute Erfolge gezeigt, so daß auch fernerhin berechtigten Wünschen nach bezahlten Agitatoren Rechnung getragen werden müßte. Zur Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen hat der Tabakarbeiter-Verband den beachtenswerten Antrag gebracht, die organisierten Arbeiter, deren Frauen und Töchter im Gewerbe und Hausindustrie beschäftigt sind, zu verpflichten, daß sich dieselben ihrer Berufsorganisation anschließen. Auch die Unterstützung der großen Streiks bedarf dringender einer Regelung, das hat uns Crimischau und der Bergarbeiterfreist. gelehrt. Zu diesem Zwecke soll ein Streikfonds durch feste Extrabeiträge geschaffen werden, auch sollen ihm die Ueberschüsse der Sammlungen für größere Streiks zufließen. Der Streikstatistik ist besondere Beachtung zu widmen, da die amtlichen Zahlen hierüber die größten Ungenauigkeiten aufweisen. Die Frage des Post- und Logiswessens ist ebenfalls genügend zu ventilieren. Einer ausgiebigen Diskussion über den Generalstreik ist ebenfalls nicht mehr auszuweichen, damit endlich zu dieser vielumstrittenen Frage feste Stellung genommen wird, die hoffentlich klarer ausfällt, als diejenige des „Correspondenzblattes der Generalkommission“. Auch die Taktik bezüglich der Maifeier bedarf dringender einer Klärung, da jetzt darin eine große Verwirrung herrscht. Die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Genossenschaften muß ebenfalls präzisiert werden, damit letztere nicht in öde Blusmacherei verfallen, sondern die tariflichen Abmachungen der Gewerkschaften respektieren. Die Durchberatung der reichhaltigen Tagesordnung und der Hunderte von Anträgen wird eine Riesensarbeit für die Delegierten werden und hoffen wir, daß das Resultat zum Nutzen der Arbeiterbewegung ausfalle.

Vor Eintritt in die Diskussion bemängelt Zinke, daß durch die Wahl der Kongreßdelegierten durch den Dresdener Verbandstag den Mitgliedern das Interesse an dem Kongreß zum Teil genommen worden sei. Die Delegierten, außer Verbandsvorsitzendem und Redakteur, müßten von den Mitgliedern gewählt werden. Schäuble wendet sich gegen die Schaffung eines Streikfonds durch regelmäßige Beiträge, da dies die Organisationen zu stark belaste. Auch die Streikstatistik sei zu kompliziert, um alle Fragen richtig beantworten zu können. Reufert begrüßt den Antrag des Tabakarbeiter-Verbandes, die Frauenagitation betreffend, mit Freuden, für unser Gewerbe hat derselbe eine besondere Bedeutung. Bei der Frage des 1. Mai bedauert er sehr den Mangel eines Mai-Artikels in unserer Zeitung, und wenn der Redakteur in Dresden erkält hat, keinen derartigen Artikel zu schreiben, so hätte er einen schreiben lassen können. Schröder stellt sich in dieser Sache

auf den gleichen Standpunkt, auch in einer Versammlung hätte dieses Thema behandelt werden müssen, um das heranwachsende Geschlecht aufzuklären. Zu letzterem bemerkt Zinke, daß ja die Maifeier in voriger Versammlung als zweiter Punkt zur Tagesordnung gestanden hätte, auch nimmt er den Redakteur gegen die gemachten Vorwürfe in Schutz. Die Schaffung einer Zentralstelle für die bei großen Streiks gesammelten Gelder sei warm zu befürworten, damit endlich eine genaue Kontrolle über die Verwendung derselben möglich sei. Wibel hält nicht nur den Redakteur, sondern den ganzen Verbandsvorstand für verantwortlich, daß die Zeitung dem 1. Mai nicht entsprechend ausgestattet sei. Walther erwähnt bei der Genossenschaftsfrage, daß der Plagwitzer Konsumverein seine Arbeiten bei Messerschmidt und Falk, die weit unter Tarif entlohnen, herstellen lasse.

Nachdem ersucht Schröder die Kollegen, die Versammlungen der Zentral-Krankenkasse besser zu besuchen. Auf Vorschlag Schäubles soll für die zu Ostern ausgerufenen Kollegen eine Besprechung einberufen werden, wo dieselben über die Zwecke des Verbandes aufgeklärt werden sollen.

Wiederum mußte sich die Versammlung mit der Firma F. U. Bertel beschäftigen. Der Kollege F., der dort gearbeitet hat, bringt Beschwerden gegen den Presserfaktor Schneefuß vor. Danach herrschen dort geradezu skandalöse Zustände. Von tariflicher Entlohnung keine Spur. Beim Pressen von Partien zu 40 bis 60 Stück wird der Zuschlag nur zur Hälfte bezahlt, bei noch kleineren Partien gar nicht, oder die Preise werden von Schneefuß willkürlich festgesetzt. Auf Beschwerde erfolgte die bezeichnende Antwort, die anderen Presser schreiben auch keine Zuschlagsprozente ein. (sic!) Ja sogar einzelne Rücken sollen auf Stück angefertigt werden. Eine Rücksprache mit dem technischen Leiter Herrn Petrick hatte ebenfalls keinen Erfolg, ja der Herr war so naiv zu bedauern, als Z. darauf dieses Buchbinder-Glorabo verließ, daß derselbe sich nicht mit Schneefuß einigen könne. Verschiedene Redner beurteilten scharf das Verhalten dieser Herren, doch einen großen Teil der Schuld an diesen Zuständen tragen die dortigen Kollegen. Noch eine Anfrage an den Chef der Firma, Herrn Dr. Schlippe, der mit im Vorstand des Verbandes deutscher Buchbindermeister sitzt, und deshalb doppeltes Interesse an der Festhaltung tariflicher Abmachungen besitzen müßte. Ist dem Herrn Dr. Schlippe das Treiben seiner Werksführer bekannt?

Blauen. In unserer am 6. Mai abgehaltenen Versammlung erstattete Runge ausführlichen Bericht über die Kartellbildung vom 4. Mai. Das Kartell beschäftigt sich mit dem Gewerkschaftsfest, welches am 23. Juli stattfindet, und der im Herbst stattfindenden Heimarbeiter-Ausstellung, zu der für Blauen in der Ausstellung der Gegenstände hauptsächlich die Sticker- und Spitzenbranche in Betracht kommt, welche auch auf der Ausstellung stark vertreten sein wird. Unsere Branche kommt nicht dabei in Frage, weil keine Heimarbeit vorhanden ist. Sodann verlas Wegoldt ein Zirkular vom Marmorierlehrer Hauptmann, worin er den Kollegen seine Marmorierkurse empfiehlt. Ein solcher Rufus findet zwar allgemeine Anerkennung aber leider kann wegen der schlechten Finanzen der Kollegen kein Gebrauch davon gemacht werden. Es wurde ferner noch die Anregung gemacht, einen Ausflug nach Falkenstein zu unternehmen, darüber soll in nächster Versammlung beschlossen werden. Um den kollegialen Geist unter den Kollegen mehr zu pflegen, wurde beschlossen, an Sonntagen gemeinsame Spaziergänge in die nächste Umgebung Blauens zu unternehmen. Hierauf wurde noch von Wegoldt bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung als Generalversammlung am 20. Mai abgehalten werden soll.

Chemnitz. Daß Chemnitz das Schmerzenskind unserer gewerkschaftlichen Bewegung Sachsens ist und voraussichtlich auch noch lange bleiben wird, bewies der Besuch der öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 7. Mai. Außer dem Stamm der Organisierten hatte sich noch ein ganzes halbes Duzend nichtorganisierter Kollegen gefunden, so daß die Versammlung mehr den Charakter einer Zahlstellenversammlung trug. Der Erfolg war aber diesen Umständen angemessen ein befriedigender. Kollege Pflüke aus Dresden konnte sich nun zu wiederholten Malen von der Unfruchtbarkeit der hier geleisteten Arbeit überzeugen. Das Gros der hiesigen Kollegen, hauptsächlich aber die Kartonzuschneider, glaubt eben noch, bei einem durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit erzielten Verdienst von 18 bis 24 Mk. ein beneidenswertes Dasein zu führen, verschönt durch allerhand Mißstände im Betriebe. Die Referate der beiden Kollegen Schwabe und Merkel bewegten sich in dem Rahmen der hier gemachten Ausführungen.

Gau VIII.

Deffentliche Versammlungen

aller in Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Linier- anstalten, Kartonnagefabriken, Buch- und Steinbrude- reien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen finden statt in:

- Braunschweig am Montag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Werder Str. 32. Hannover am Dienstag, den 16. Mai, abends 8 Uhr im Restaurant zum Ballhof, Ballhofstraße. Hildesheim am Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Nischenberg, Braunschweigerstr. 50. Göttingen am Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant zum Hohenzollern (S. C. Fried), Götthmar- und Bringenstr.-Ecke. Kassel am Freitag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Stadtbauaal a. d. Fußabridge.

Referent Kollege Eugen Brähler-Berlin. Herford i. W. am Mittwoch, den 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Wihl, Hillert, Brüderstraße. Wiesfeld am Freitag, den 2. Juni.

Referent Kollege Emil Kloth-Berlin. Alles nähere besagen die Flugblätter. Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht aller Mit- glieder in den Kreisen nichtorganisirter Kollegen und Kolleginnen für einen guten Besuch der Versammlungen aufs lebhafteste zu agitieren.

Der Gauvorfand. S. A.: S. Kornacker.

Abrechnungen

vom 1. Quartal 1905 gingen vom 26. April bis 9. Mai bei der Verbandskasse ein: Von Altenburg mit 85,—, Altona 113,25, Augs- burg —, Bant-Wilhelmsbaben 106,13, Barmen 80,50,

Charlottenburg 125,70, Chemnitz 401,90, Dortmund 300,—, Dresden —, Eisenberg 193,63, Essen 130,—, Flensburg 95,58, Frankfurt a. M. 337,79, Freiburg 80,—, Girsch 280,—, Gera 100,—, Gmünd 67,46, Hamburg 300,—, Hannover 1450,—, Kiel 80,—, Konstanz 100,—, Krefeld 200,—, Magdeburg 491,76, Mannheim-Ludwigshafen 120,—, München 300,—, Mülheim-Deberhausen 51,81, Posen 55,20, Reutlingen 80,—, Ruhla 93,83, Saalfeld 78,45, Solingen 200,—, Ulm 45,60, Gau I 100,—, Gau V 259,13, Gau VIII 250,—, Gau IX 50,—, Gau XIII 226,92, Gau XIV — und vom Gau XV mit — Mark.

Noch nicht abgerechnet haben: Bochum, Bromberg, Dören, Duisburg-Muhrort, Eplingen, Heibel- berg, Heilbronn, Lübeck, Meß, Pforzheim, Plauen, Schleich, Gau VI, VII und XVII. E. Hauelsen.

Literarisches.

Von der illustrierten Wochenschrift: „In Freien Stunden“ liegt jetzt das 17. Heft vor. Es enthält die Fortsetzung der beiden Romane „Im Banne der Ver- suchung“ und „Der Redar“. In jeder Woche erscheint ein Heft für 10 Pfennig.

„Die Hohenzollern-Legende“, Kulturbilder aus der preußischen Geschichte von Max Maurenbrecher. Das 5. Heft enthält den Anfang des 2. Kapitels „Die neuen Junfer und die neuen Fürsten“, in dem der Verfasser u. A. behandelt: Die Opposition der Städte. — Das Heilige Blut von Wilsnad. — Neue Erhebung der Städte. — Der Kampf um den Zoll. — Schollenpflicht und Gefindezwangsdiensft der Bauern. — Der revolutionäre Ursprung der deutschen Fürsten. — Judenschuggelber und Vertreibung der Juden. — Ein neues Finanzprojekt der Hohenzollern. In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes für

20 Pfennig, das durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs bezogen werden kann. Von diesem Werke, das im Verlage der Buchhandlung Vorwärts heraus- gegeben ist, liegt nunmehr das 50. Heft vor. Damit schließt dieser erste Band der unter dem zusammen- fassenden Titel „Kulturbilder“ im Erscheinenden begriffenen Einzelbilder aus der Kulturgeschichte der Menschheit.

Adressenänderungen.

Gau VII. Vertrauensmann für Oldenburg: F. Puhl, Mottenstr. 1 II bei Weite. Gau V. Vertrauensmann für Osterwieck a. S.: C. Schulze, Nikolaitr. 10; Burg b. Magdeburg: Franz Mool, Schulstr. 48.

Vertliche Bevollmächtigte.

Offenbach a. M.: Louis Defer, Ludwigstr. 101 I. Nürnberg: L. Schlegel, äußere Laufergasse 87. Rathenow: P. Döbel, Jägerstr. 46 b. Mainz: A. Imhof, Schusterstr. 1 II, Eingang Höfchen. Unterstühtungs-Auszahler. Ruhl a. Th.: S. Schäfer, Marienstr. 38 I, von 12 bis 1 Uhr und 7—8 Uhr. Lübeck: E. Hädrich, Pelzerstr. 5, von 1 1/4—2 3/4 und 7—8, Sonntags von 11 1/2—12 1/2 Uhr. Altona: R. Stelter, Holstenstr. 82 II, von 8—9, Sonn- tags von 1—2 Uhr. H. Fels, Gr. Bergstr. 136.

Briefkasten.

S. M. in F. Auch im gegebenen Falle hätte ich Ihrem Wünsche keine Rechnung tragen können. — S. Sch. in G. Das Adressenverzeichnis wird vor- läufig noch nicht neu gedruckt, vor der Drucklegung wird immer in einer und zwei Notizen vorher darauf hingewiesen. Zurückgestellt wurden Correspondenzen aus Darmstadt, Köln, Berlin.

Achtung! Berlin. Achtung!

Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen! Dienstag, den 16. Mai 1905, abends 8 Uhr Branchen-Versammlung der Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen :: in den „Arminhallen“ (gr. Saal), Kommandantenstr. 20 ::

- Tages-Ordnung: 1. Die Fortschritte der Organisation in der Buchbinder- Branche. Referent: Kollege Klar. 2. Ersatzwahl zur Agitations-Kommission. 3. Ersatzwahl zur Tarif-Kommission. 4. Werkstubenangelegenheiten.

Wir ersuchen alle Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung recht zahl- reich zu erscheinen. 278] [5.— Die Agitations-Kommission.

Die Marmorier-Anstalt ::: 279] von [2.— Otto Kerckhoff Berlin S. 59, Wilmannstr. 44 III. empfiehlt sich zur Anfertigung aller ::: Schnitte bei mäßigen Preisen :::

Buchbinder oder Kaufmann mit ca. 4000 Mk. Kapital ist die beste Gelegenheit geboten sich selbst- ständig zu machen durch Beteiligung oder Kauf eines seit mehreren Jahren betriebenen Kartonnagegeschäfts in Leipzig (Gutstellung einfacher Kartons). Gute Kundschaft vor- handen. Maschinen in bestem Zu- stande. Offerten unter L. G. 6377, 280] Rudolf Mosse, Leipzig. [2.—

Allen Kollegen und Kolleginnen empfehle ich mich zum Abschluß von Kapital-Versicherungen jeder Art, wie Lebens-, Versorgungs-, Wittwendienst- und Brantaussteuer-Ver- sicherungen zu den kulantesten Be- dingungen. Mit kollegialem Gruß Emil Jöhler, Stuttgart-Parlsvorstadt, 281] Frauenstr. 21 II. [3.— P. S. Zinnerhalb Württemberg bin ich zu einem persönlichen Besuche und zu jeder- zeit gern bereit. Bitte um eine Postkarte!

Gehilfen finden durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis O. Th. Winckler, Leipzig Seeburgstr. 47 billig und schnell passende Stellen: billiger als durch die Fachzeitingen, weil vollständig kostenfrei; schneller weil ja die Fachzeitingen nur aller 8—14 Tage erscheinen. Einrichtungen für Laden und Werkstatt zu günstigen Bedingungen

Fachschule für Buchbinder Schwiebus

283] (Staatlich anerkannt) [3,00 Besteht seit 11 Jahren und erteilt Unter- richt im Sand- und Preßbergolben, Gold- schnitt, Marmorieren und Bucheinband. Honorar mäßig. Keine Nachzahlung. Prospekt 1905 versendet kostenlos.

Zahlstelle Stuttgart. Samstag, den 13. Mai 1905, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitglieder-Versammlung 273] Tages-Ordnung: [1,30 1. Vortrag über: „Der Gewerkschafts- kongress in Köln.“ Referent: Herr Kolbel. 2. Fragekasten. — Verschiedenes. Eine Ergänzung bleibt noch vorbehalten. Wir richten die dringende Aufforderung an unsere Mitglieder, die Versammlungen zahlreicher zu besuchen. Der Vorstand.

:: Buchbinder Männerchor, Berlin. :: Himmelfahrt, 1. Juni, findet eine Herrenpartie nach Dranienburg, Grabowsee usw. statt, wozu alle Kollegen freundlichst eingeladen sind. Treffpunkt 6 1/4 Uhr Stettiner Bahnhof.

Die Übungsstunden finden jeden Freitag von 9—11 Uhr bei Lipke, Melchiorstr. 15, statt, wozu stimmbegabte Kollegen jederzeit freundliche Aufnahme finden. 274] [1,40

:: Zahlstelle Gmünd. :: Den Mitgliedern mit Familie zur Kenntnis, daß am 21. Mai d. Js. der Ausflug stattfindet. Die Tour geht über den Rotenberg nach Eplingen und Stuttgart. Alles Nähere durch Zirkular. Unsere Mitglieder mit Angehörigen sind freundlichst ein- geladen. Der Ausschuß.

Unserem lieben Kollegen Adolf Schmidt 276] zu seinem 25. Biegenfeste die [0,80 herzlichste Gratulation! Die Gieckener organisierten Kollegen.

Existenz. Rentehaus in einem Vorort Münchens mit 2 Läden, passend für Buchbinderei und Druckerei, vis-à-vis dem Schul- haus u. Magistrat, billigst zu ver- kaufen. Geringe Anzahlung von Mk. 5000.—. Am Plage befindet sich weder Buchbinderei noch Druckerei. Offerten unter M. D. 4248 beförd. Daube & Cie., G. m. b. H., München. 277] [4,50

269] Gau IV. [1,40 Am Vorabend des Maienfestes starb in Girsch der Buchbinder Ewald Müller plötzlich am Herzschlag im 28. Lebensjahre. Trotz seines kränklichen Zustandes war er bis zum letzten Tage eifrig für den Verband tätig. Die Kollegen werden sein Andenken dauernd in Ehren halten. Der Gau Bevollmächtigte.

Zahlstelle Berlin. Allen Kollegen und Kolleginnen hierdurch zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Buchbinder Franz Zinich 270] am 5. d. M. verstorben ist. [1,20 Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten! Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Danzig. Infolge eines Unglücksfalles ver- starb am 7. April unser lieber Freund u. Kollege der Schriftführer August Mitsch 271] im Alter von 24 Jahren. [1,50 Wir werden demselben stets ein ehrendes Andenken bewahren! Die org. Kollegen u. Kolleginnen Danzigs.

Zahlstelle Berlin. Wir geben hiermit bekannt, daß die Zahlstelle von Luyke, S., Wilmann- straße 10, aufgehoben ist. Dafür ist in dem Lokal des Herrn Paul Lühr, Nixdorf, Reuterstr. 80, eine neue Zahlstelle errichtet worden. In dieser nimmt der Wirt vom 20. Mai ab täglich Aufnahmen und Beiträge entgegen. Ebenso können die Mitglieder von diesem Tage ab in der Zahlstelle von Sahn, Adalbertstr. 4, täglich Beiträge an den Wirt entrichten. [2,10

Wir machen wiederholt darauf auf- merksam, daß unser Bureau für den öffentlichen Verkehr nur mittags von 12—1 Uhr; nachmittags von 1/2 4 bis 7 Uhr geöffnet ist. Die Ortsverwaltung.